

Grundlagen des Datenschutzes und der IT-Sicherheit (Teil 1b)

Vorlesung im Sommersemester 2021
an der Universität Ulm
von Bernhard C. Witt

1. Grundlagen des Datenschutzes

Grundlagen des Datenschutzes		Grundlagen der IT-Sicherheit	
➔	Geschichte des Datenschutzes		Anforderungen zur IT-Sicherheit
	Datenschutzrechtliche Prinzipien		Mehrseitige IT-Sicherheit
	Technischer Datenschutz		Risiko-Management
✓	Schwerpunktthema: Pandemie		Konzeption von IT-Sicherheit

- Klassische Geschichtsdarstellung (Zeitskala)
- Alternative Geschichtsdarstellung (Schutzziele)
- Rechtsgeschichte (Gesetze & Rechtsprechung)
- Informationelles Selbstbestimmungsrecht
- Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme
- Grenzen für Vorratsdatenspeicherung

Klassische Geschichtsübersicht

1) Anfänge (vor 1977)

- Persönlichkeitsrecht (Herrenreiter-Urteil) → Privatsphäre
- weltweit 1. Datenschutzgesetz in Hessen (1970)

2) 1. BDSG (1977)

- Schutz personenbezogener Daten vor Missbrauch der Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange der Betroffenen bei der Datenverarbeitung

3) 2. BDSG nach Volkszählungsurteil (1990)

- Informationelles Selbstbestimmungsrecht (Volkszählungsurteil)
- Schutz des Einzelnen vor Beeinträchtigung seines Persönlichkeitsrechts beim Umgang mit personenbezogenen Daten

4) 3. BDSG nach EU-DSRL (2001)

- international vergleichbarer Datenschutz
- Vorabkontrolle besonders sensibler Datenverarbeitungen

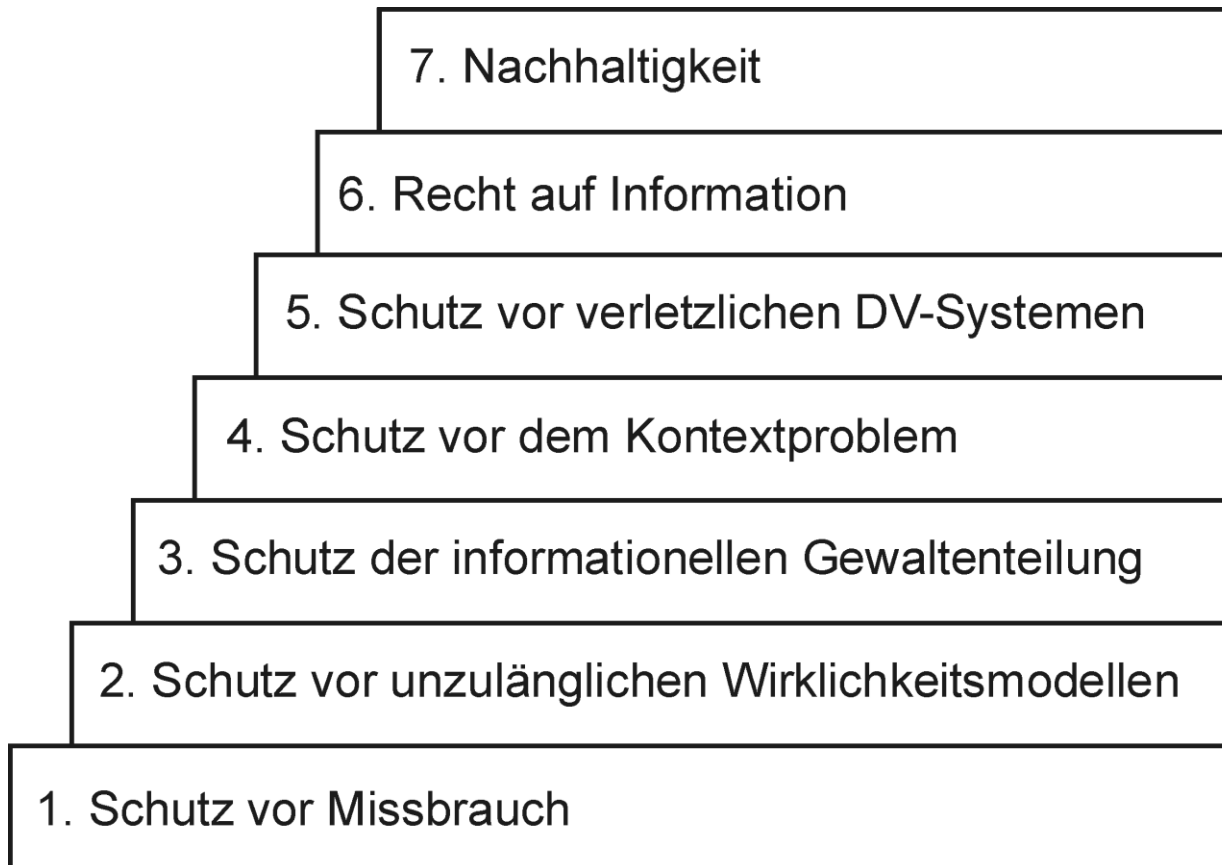
5) 4. BDSG nach Datenschutzskandale (2009)

- mehr Nachweispflichten und höhere Strafen

6) EU-DSGVO (2016)

- neue EU-weit seit 2018 verbindliche Rechtsgrundlage

Alternative Geschichtsübersicht anhand der 7 Schutzziele

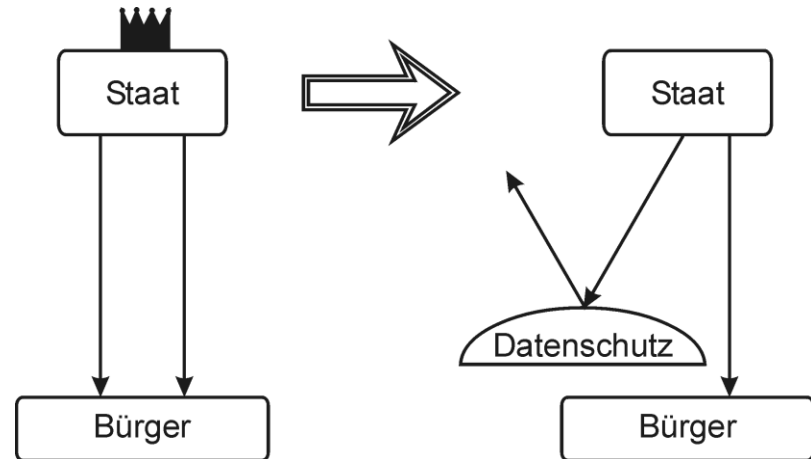


Datenschutz als Abwehrrecht (1)

- Ausgleich des Ungleichgewichtes

→ **Schutz vor Missbrauch**
(Ende 60er)

→ Kontrolle durch
Datenschutz-
beauftragte!



Datenschutz als Abwehrrecht (2)

- im Zuge der
1. Rasterfahndung

Merkmal 1:	A	B	D	G	H
Merkmal 2:	A	C	D	E	H
Merkmal 3:	B	D	E	F	H

→ **Schutz vor unzulänglichen Wirklichkeitsmodellen**
(Ende 70er)

→ Person D & H weisen gem. **maschinelltem Datenabgleich** von verschiedenen Quellen alle 3 Merkmale auf!

→ Verfahren zur Personenermittlung

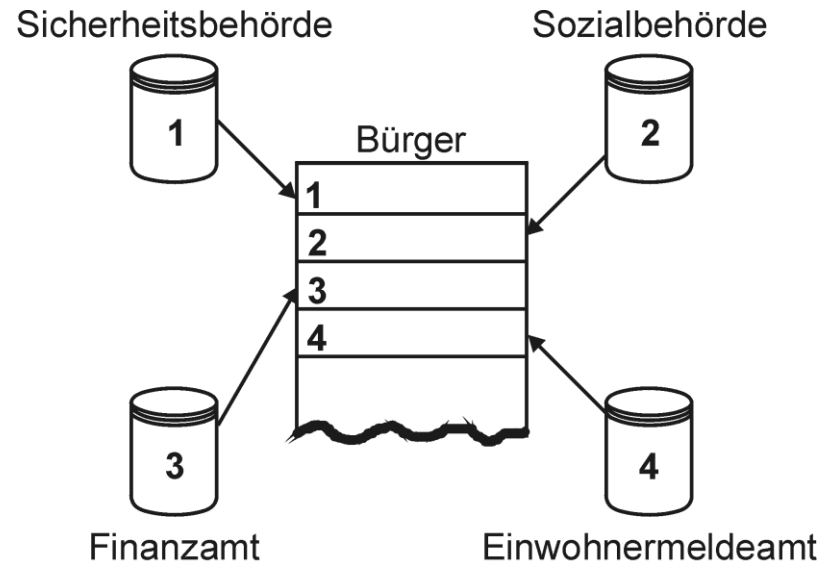
→ keine automatisierte Einzelentscheidung!

Datenschutz als Abwehrrecht (3)

- gegen die Sammelwut des Staates

→ **Schutz der informationellen Gewaltenteilung**
(Anfang 80er)

→ personenbezogene Daten anonymisieren!



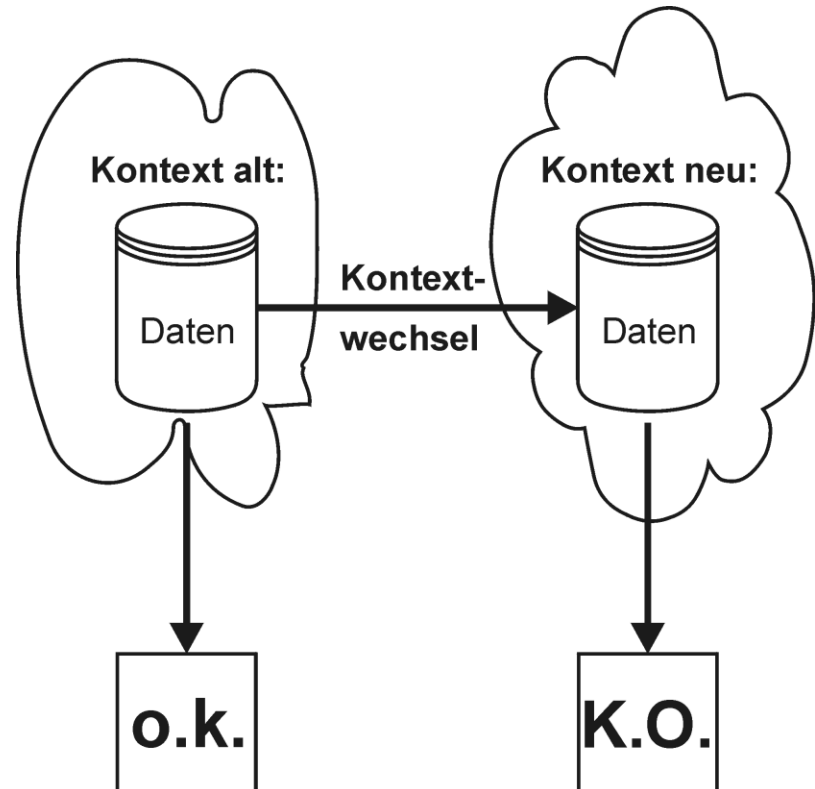
Ergebnis: Umfassendes
Persönlichkeitsbild zu einer
bereits bekannten Person

Datenschutz als Abwehrrecht (4)

- gegen die Vernachlässigung des „Alterns“ von Daten

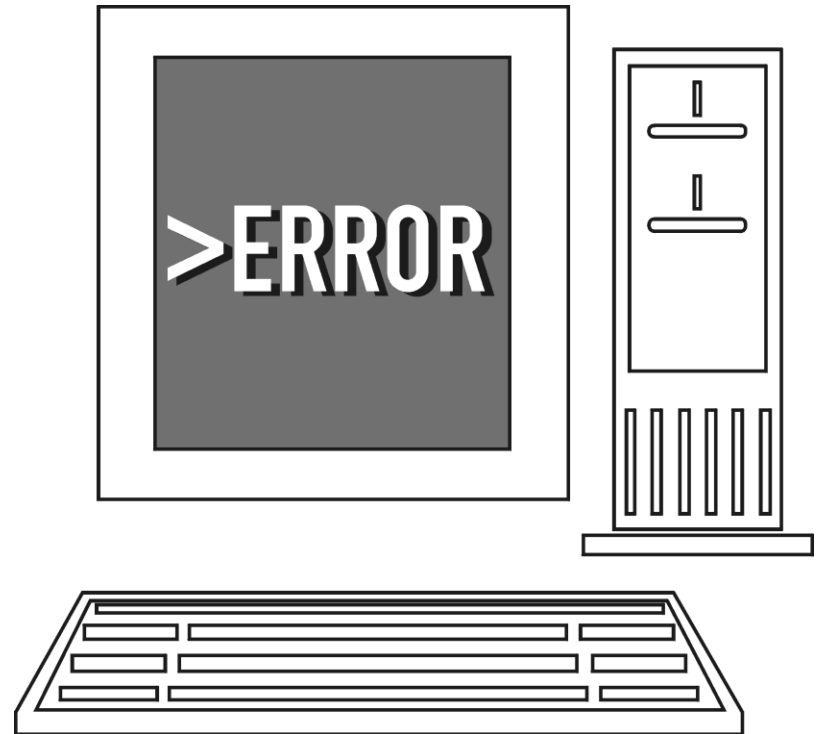
→ **Schutz vor dem Kontextproblem**
(Ende 80er)

→ Beachtung von
Löschungsfristen!



Datenschutz als Abwehrrecht (5)

- gegen den Irrglauben unfehlbarer Software
- **Schutz vor verletzlichen DV-Systemen**
(Anfang 90er)
- Regelungen zum Schadensersatz!



Datenschutz zur Gestaltung (1)

- die Verwirklichung eigener Rechte erfordert Zugang zu Informationen
- **Recht auf Information**
(Ende 90er)
- Akteneinsichtsrecht!

Datenschutz zur Gestaltung (2)

- an Erfordernissen künftiger Generationen orientieren
- **Nachhaltigkeit**
(Anfang 10er)
- Reversibilität von Entscheidungen!
z.B. durch Verfallsdatum von Gesetzen
- Übernahme der Verantwortlichkeit für Handlungen
im Sinne der Ethik auf Basis eigener Informiertheit
- Privacy by Design

Rechtsgeschichte: Urteile (1)

1958 **BGH: Herrenreiterurteil**

(Schadensersatz für die Verletzung des Persönlichkeitsrechts)

1969 **BVerfG: Mikrozensusbeschluss**

(Menschen nicht als Sachen behandeln)

1970 **BVerfG: Scheidungsaktenbeschluss**

(unantastbarer Bereich privater Lebensführung)

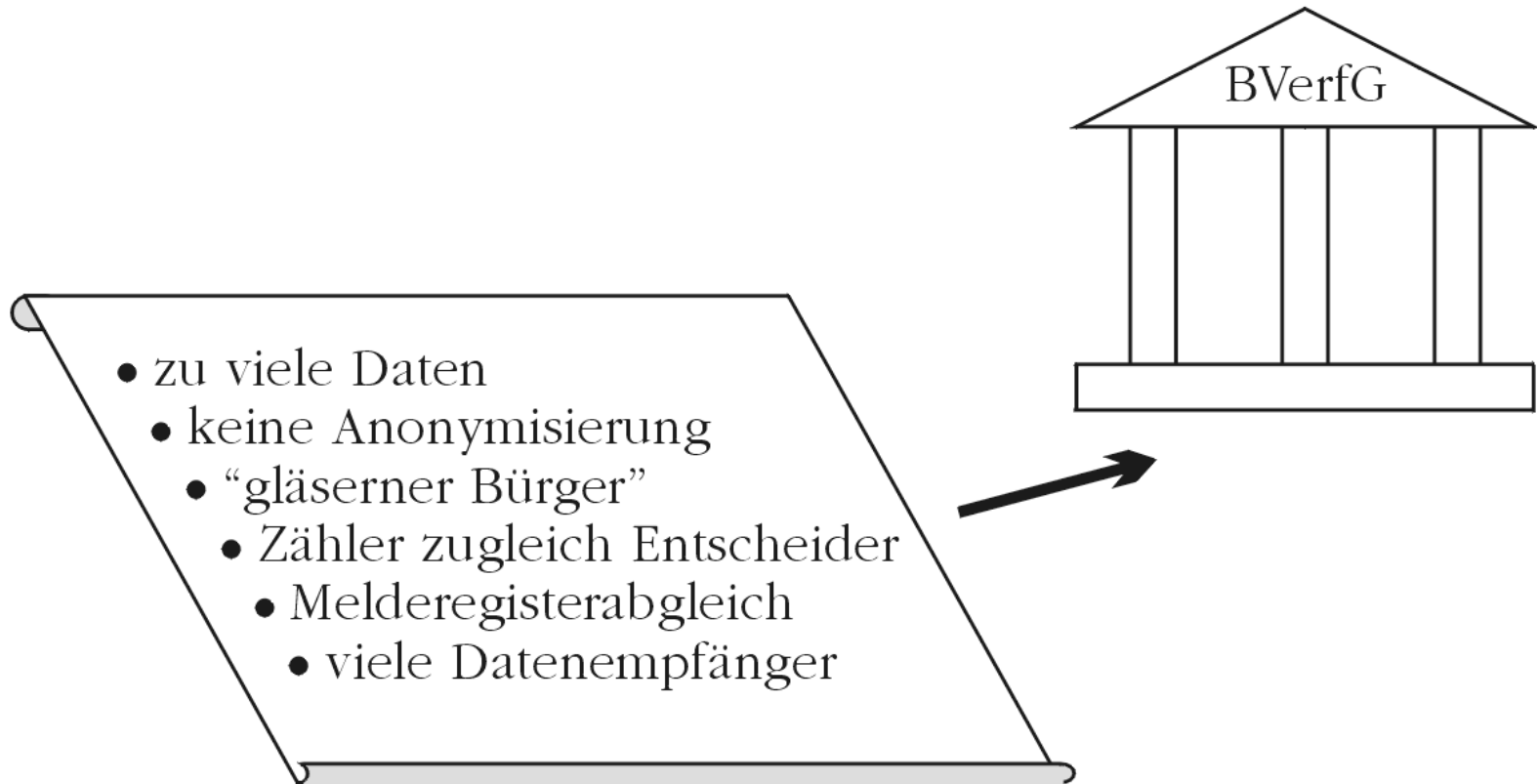
1973 **BVerfG: Lebachurteil**

(Eingriff ins Persönlichkeitsrecht zeitlich begrenzt)

1983 **BVerfG: Volkszählungsurteil**

(informationelles Selbstbestimmungsrecht)

Gründe für Volkszählungsurteil



Definition „informationelles Selbstbestimmungsrecht“

- Zitat aus BVerfGE 65, 1 [43]:
„Das Grundrecht (des Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.“

Definition 3: Informationelles Selbstbestimmungsrecht

Grundrecht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen

Informationelles Selbstbestimmungsrecht

Art. 2 Abs. 1 GG: i.V.m.

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Art. 1 Abs. 1 GG:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

→ Schrankentrias als Schranken!

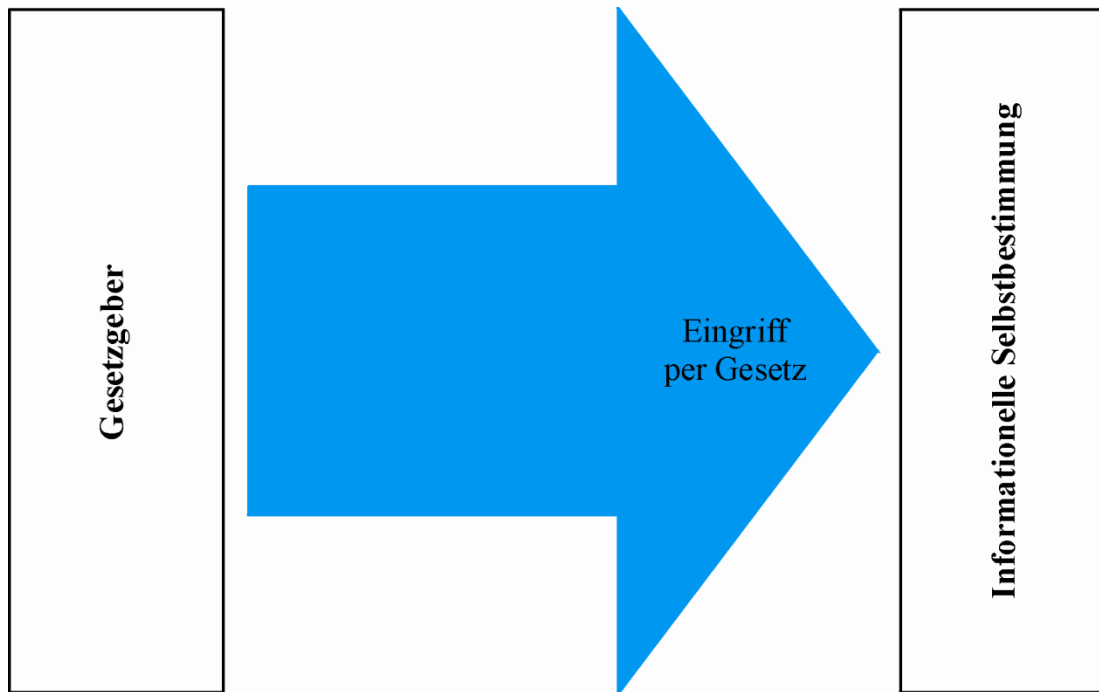
Einschränkung des inform. Selbstbestimmungsrechts (1)

- Zitate aus BVerfGE 65, 1 [43f]
(*Hervorhebung von mir*)
„Der Einzelne ... ist ... eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit.“
→ „Grundsätzlich muß daher der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung **im überwiegenden Allgemeininteresse** hinnehmen.“
„Diese Beschränkungen bedürfen ... einer (verfassungsmäßigen) gesetzlichen Grundlage ... die damit dem rechtsstaatlichen Gebot der **Normenklarheit** entspricht (und dem Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit**“

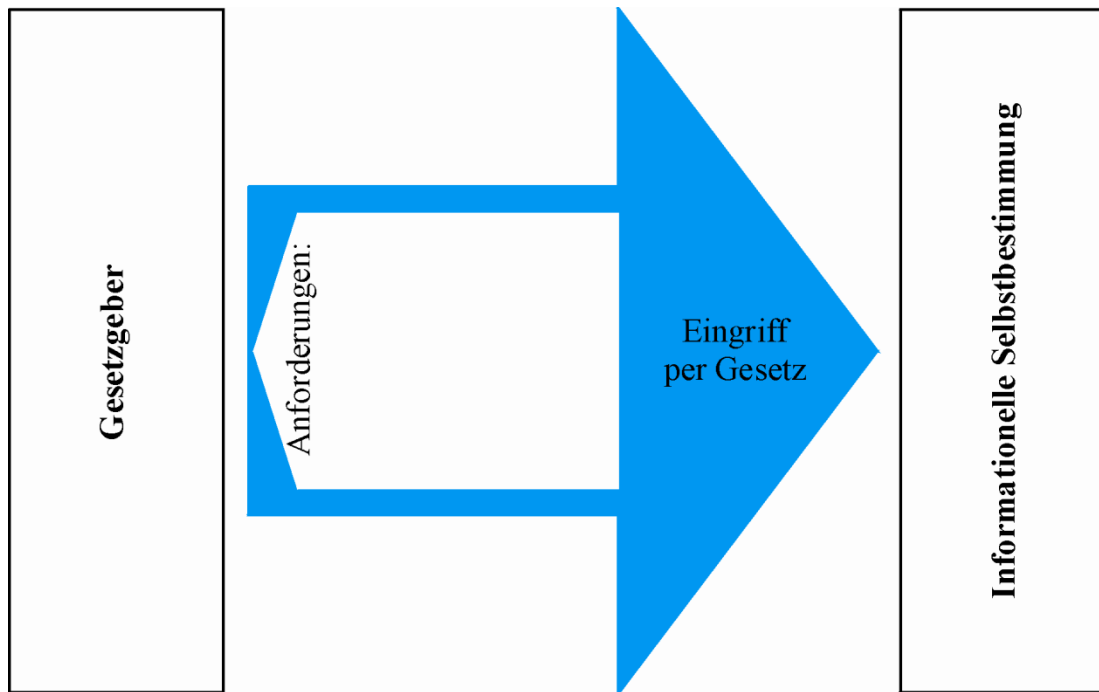
Einschränkung des inform. Selbstbestimmungsrechts (2)

- Zitate aus BVerfGE 65, 1 [44f]
(*Hervorhebung von mir*)
Es gibt „unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung **kein ‚belangloses‘ Datum** mehr.“
„Erst wenn Klarheit darüber besteht, zu welchem **Zweck** Angaben verlangt werden und welche Verknüpfungs- und Verwendungsmöglichkeiten bestehen, läßt sich die Frage einer zulässigen Beschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung beantworten.“
„Ein überwiegendes Allgemeininteresse wird regelmäßig überhaupt nur an Daten mit Sozialbezug bestehen“

Informationelle Selbstbestimmung (1)

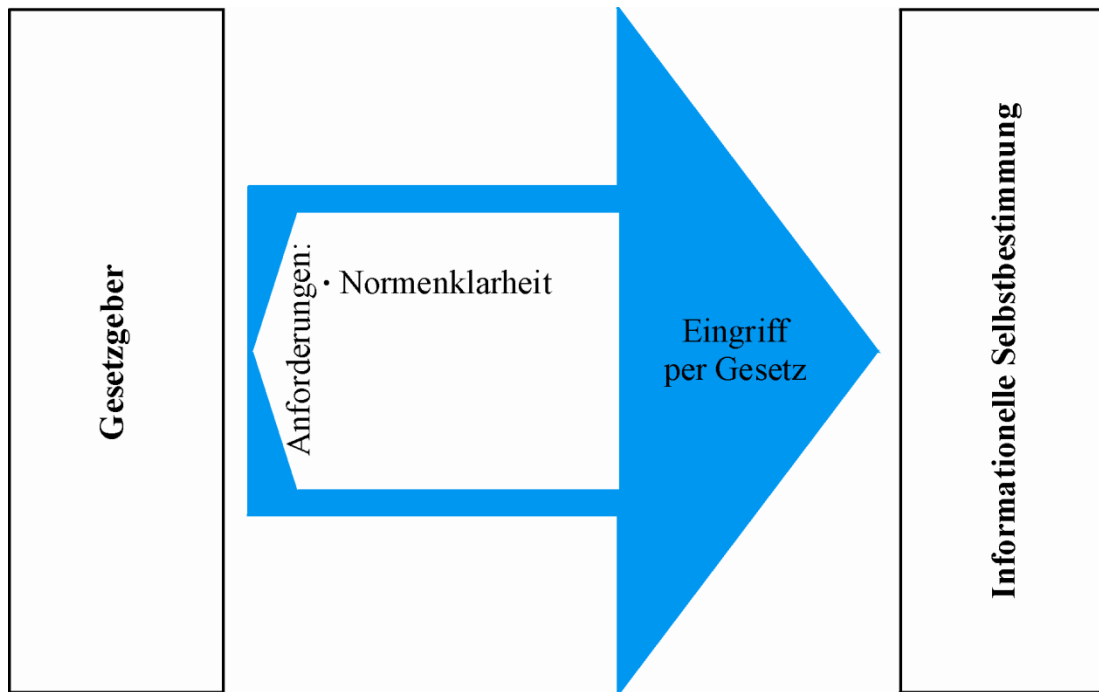


Informationelle Selbstbestimmung (2)



Eingriff
erfordert:

Informationelle Selbstbestimmung (3)

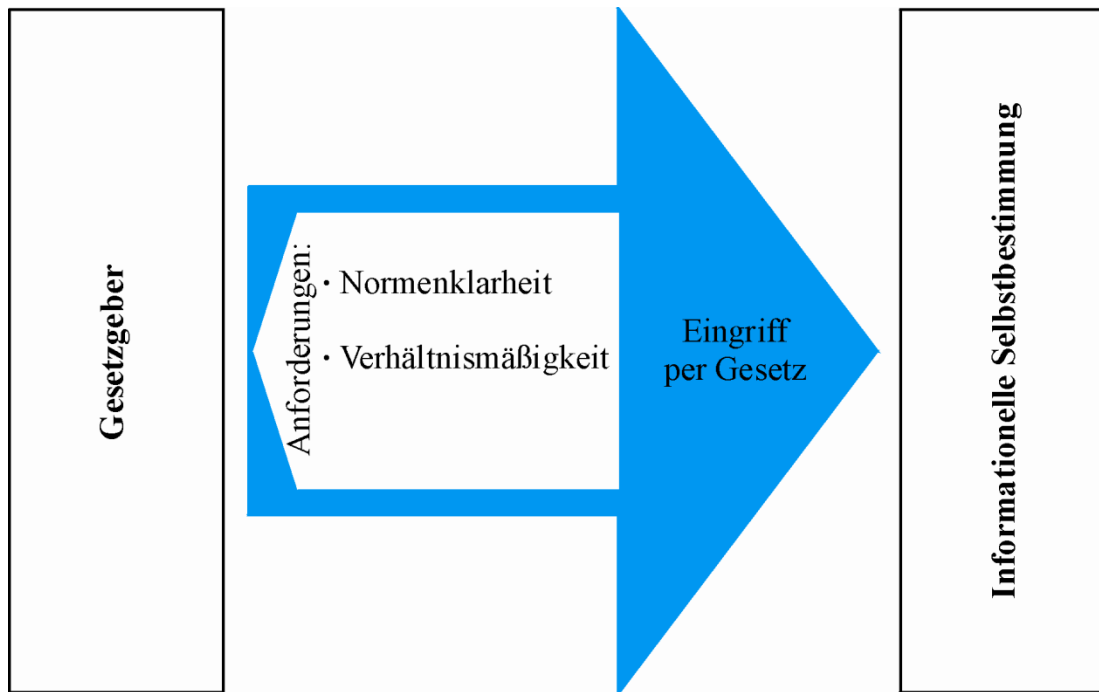


Eingriff
erfordert:

**Normenklar-
heit**

Verwendungs-
zweck bereichs-
spezifisch und
präzise bestimmt

Informationelle Selbstbestimmung (4)

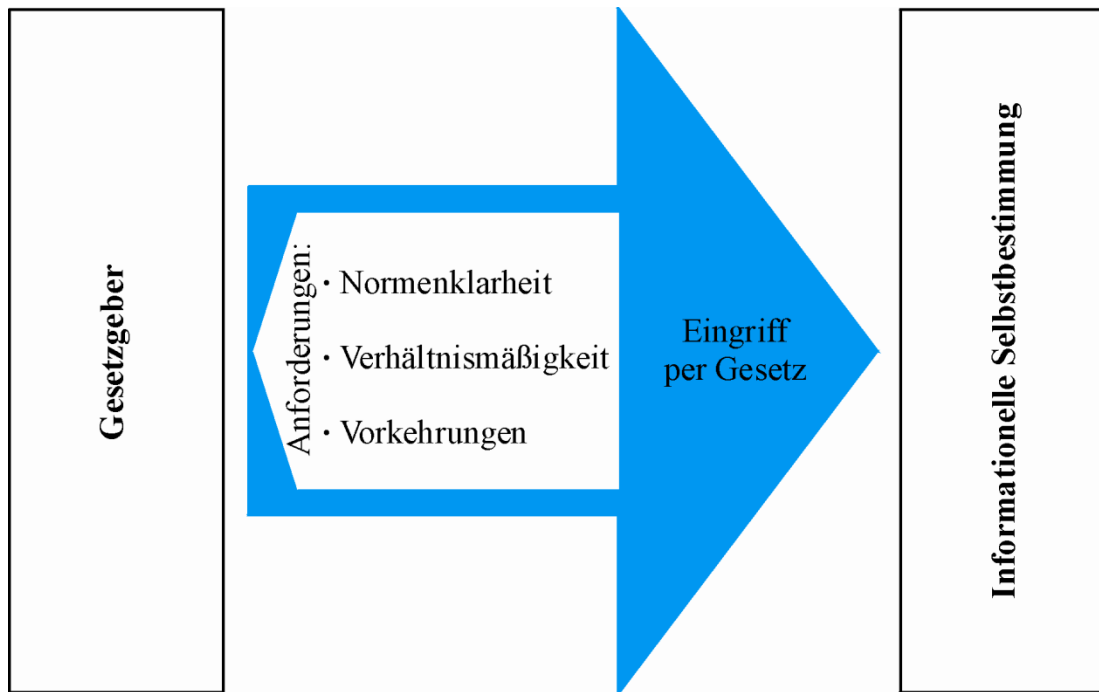


Eingriff
erfordert:

**Verhältnis-
mäßigkeit**

personenbezogene
Daten müssen für
Zweck geeignet
und erforderlich
sein

Informationelle Selbstbestimmung (5)



Eingriff
erfordert:

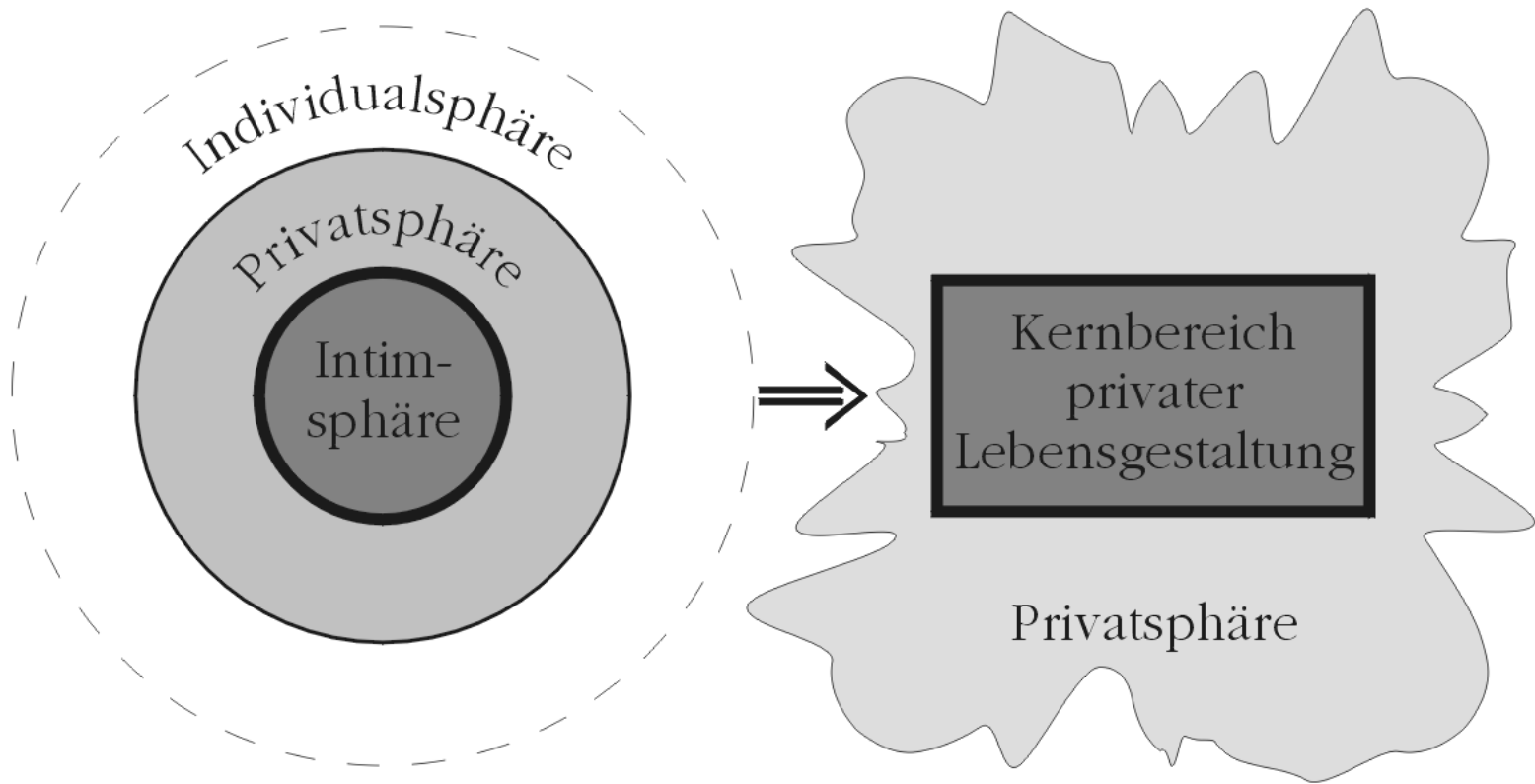
Vorkehrungen

organisatorische &
verfahrensabhän-
gige Maßnahmen,
insbesondere im
Sinne der Daten-
sparsamkeit

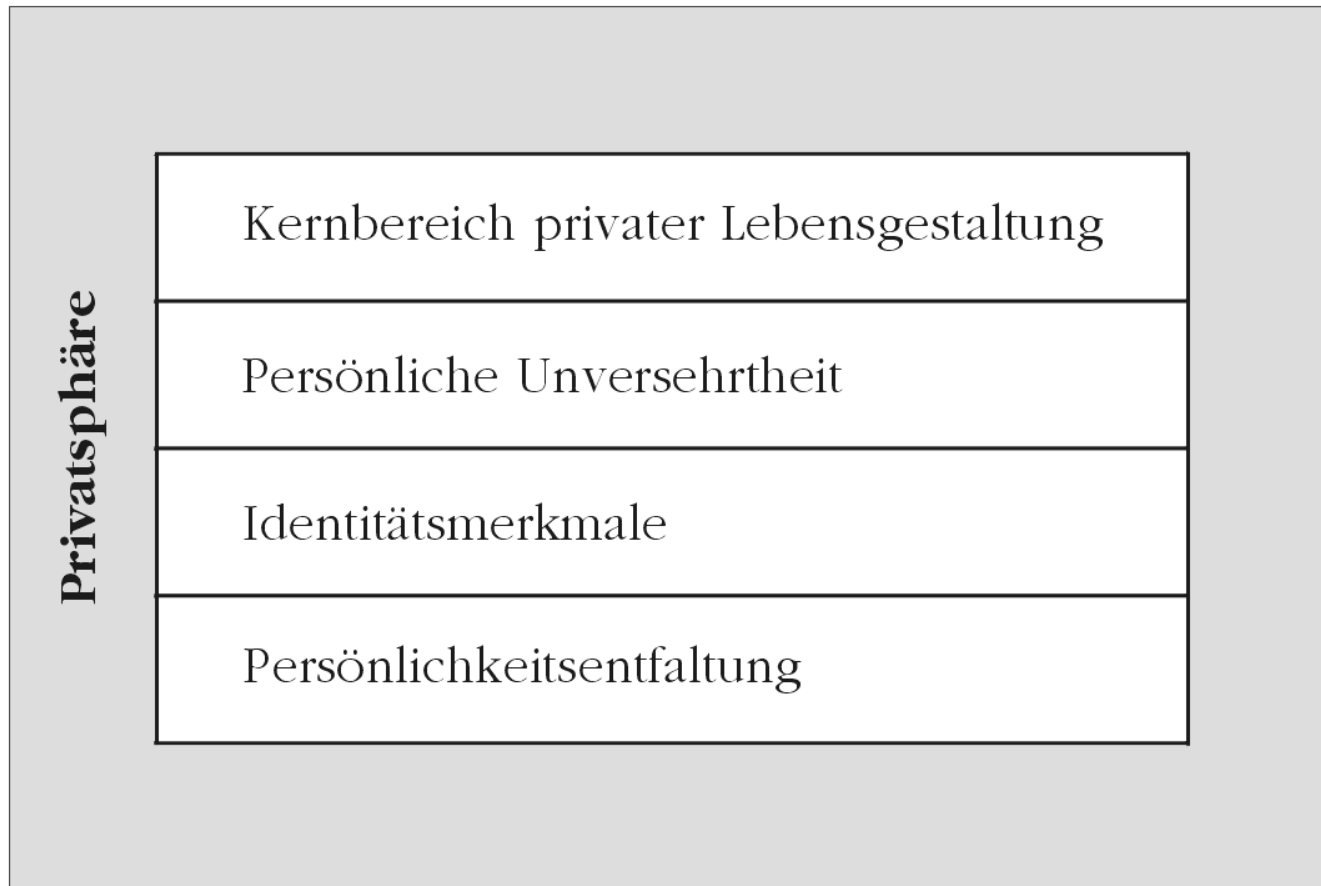
„Schranken-Schranken“

- Das informationelle Selbstbestimmungsrecht ist durch die Schrankentrias der Handlungsfreiheit beschränkt
(= Schranken)
- Jeder Eingriff ins informationelle Selbstbestimmungsrecht erfordert gesetzliche Grundlage!
- Das Gesetz wiederum muss normenklar & verhältnismäßig sein und geeignete Vorkehrungen enthalten!
(= Schranken-Schranken)

Auflösung der Sphärentheorie



Bestandteile der Privatsphäre



Kennzeichen von Privatheit

Freie Persönlichkeitsentfaltung

Direkt:

- Vertraulicher Rückzugsraum zum Nachdenken
- Vertrauliche Kommunikation (mündlich, brieflich, elektronisch)
- Freiraum für eigene Entscheidungen (keine vollständige Fremdbestimmung)

Indirekt:

- Keine unbefugte Manipulation vertraulicher Daten
- Keine Vollzeitüberwachung
- Vertraulicher Umgang mit Gesundheitsdaten
- Gerechtfertigter Verlass in Vertrauensinstanzen

Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Grundlage: Art. 2 Abs. 1 GG

Ausprägungen:

- Informationelles Selbstbestimmungsrecht → Datenschutz
- Urheberrecht → Urheberschutz (§ 2 UrhG)
- Recht am eigenen Namen → Namensschutz (§ 12 BGB)
- Recht am eigenen Bild → Bildnisschutz
ergänzend zur EU-DSGVO: KunstUrhG
- Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
informationstechnischer Systeme

neuerdings „Grundrecht auf Schutz der Persönlichkeit“ genannt

Hinweis zum Fernmeldegeheimnis

Grundlage: **Art. 10 Abs. 1 GG**
 „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.“

Ausprägungen:

- Telekommunikation → Fernmeldegeheimnis
§ 88 TKG: „Dem Fernmeldegeheimnis unterliegen der Inhalt der Telekommunikation und ihre näheren Umstände, insbesondere die Tatsache, ob jemand an einem Telekommunikationsvorgang beteiligt ist oder war. Das Fernmeldegeheimnis erstreckt sich auch auf die näheren Umstände erfolgloser Verbindungsversuche.“

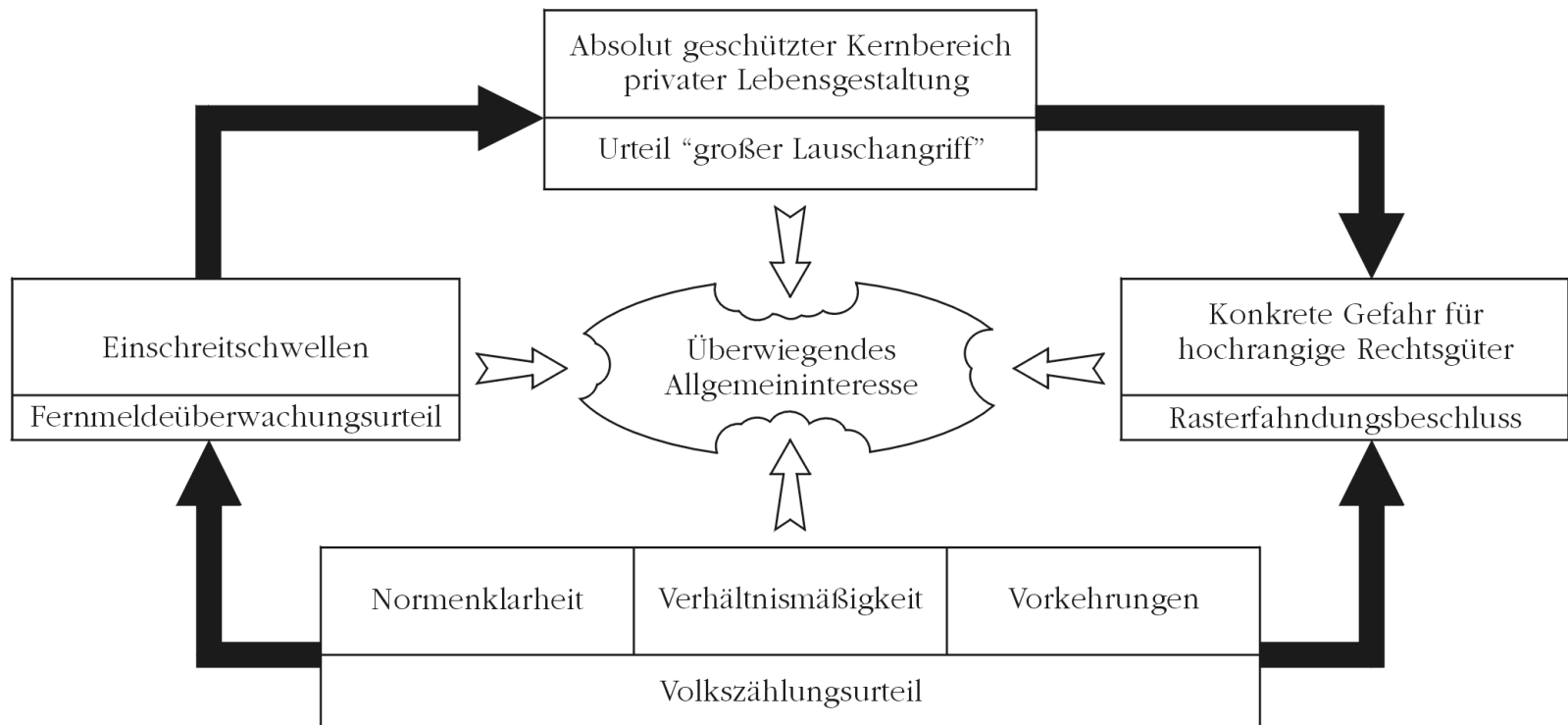
Rechtsgeschichte: Urteile (2)

- 1999 **BVerfG: Fernmeldeüberwachungsurteil**
(Sicherheitsbehörden haben Einschreitschwellen zu berücksichtigen)
- 2004 **BVerfG: Urteil zum Großen Lauschangriff**
(absolut geschützter Kernbereich privater Lebensgestaltung)
- 2006 **BVerfG: Rasterfahndungsbeschluss**
(Eingriff durch Sicherheitsbehörden erst bei hinreichend konkreter Gefahr für hochrangige Rechtsgüter)
- 2008 **BVerfG: Urteil zur Online-Durchsuchung**
(Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme)
- 2010 **BVerfG: Urteil zur Vorratsdatenspeicherung**
(Gewährleistung der Datensicherheit nach dem Entwicklungsstand der Fachdiskussion)

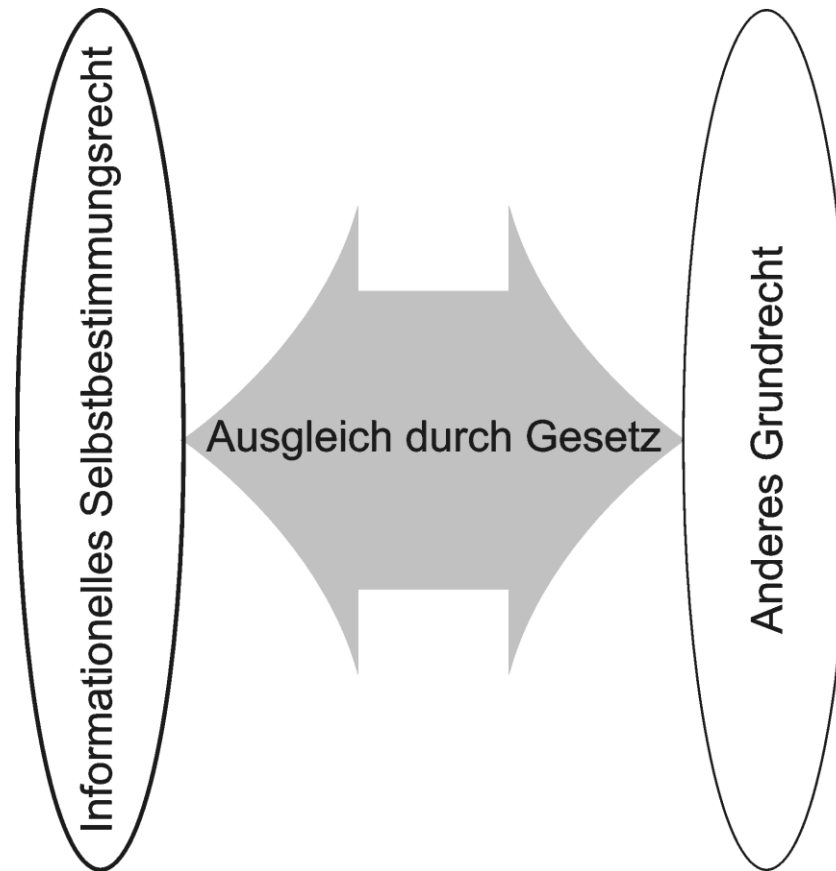
Rechtsgeschichte: Urteile (3)

- 2014 **EuGH: Urteil zur Vorratsdatenspeicherung**
(Eingriffe in Grundrechte auf das absolut Notwendige beschränkt)
- 2015 **EuGH: Urteil zu Safe Harbor**
(Datenübertragung in Länder ohne angemessenen Datenschutz nur bei ausreichendem Rechtsschutz für Betroffene)
- 2020 **EuGH: Urteil zu Privacy Shield**
(Schutzniveau in Drittland muss gleichwertig zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union sein)

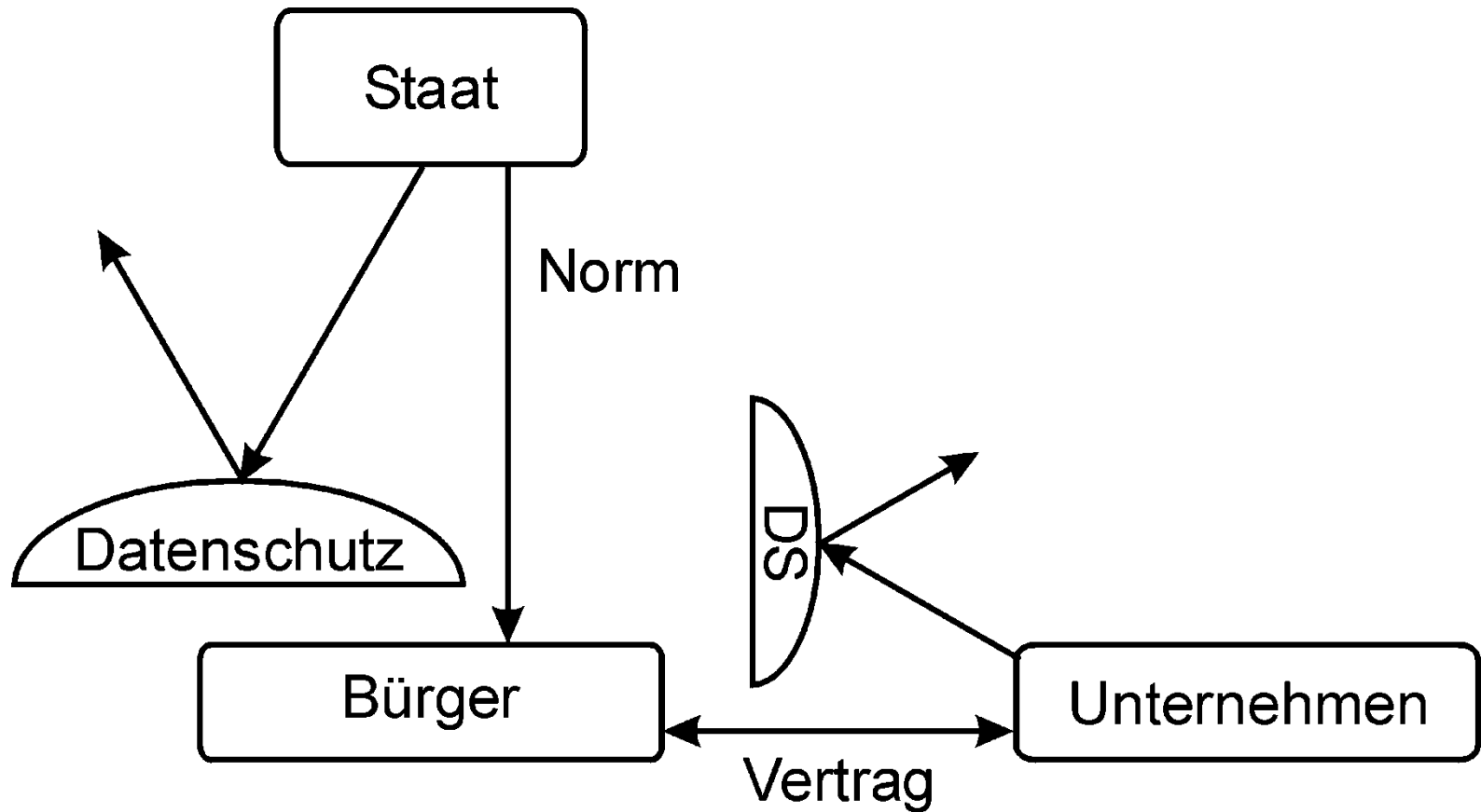
Beschränkung beim „überwiegenden Allgemeininteresse“



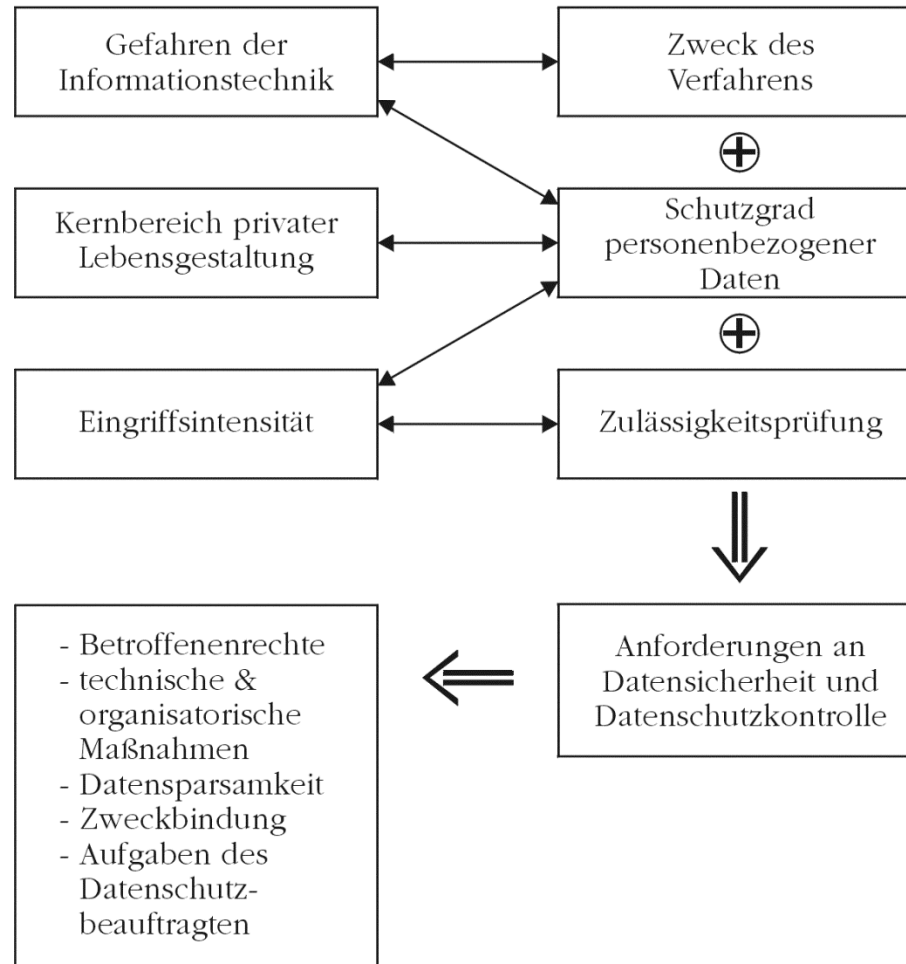
Ausgleich zwischen kollidierenden Grundrechten



Ausstrahlungswirkung



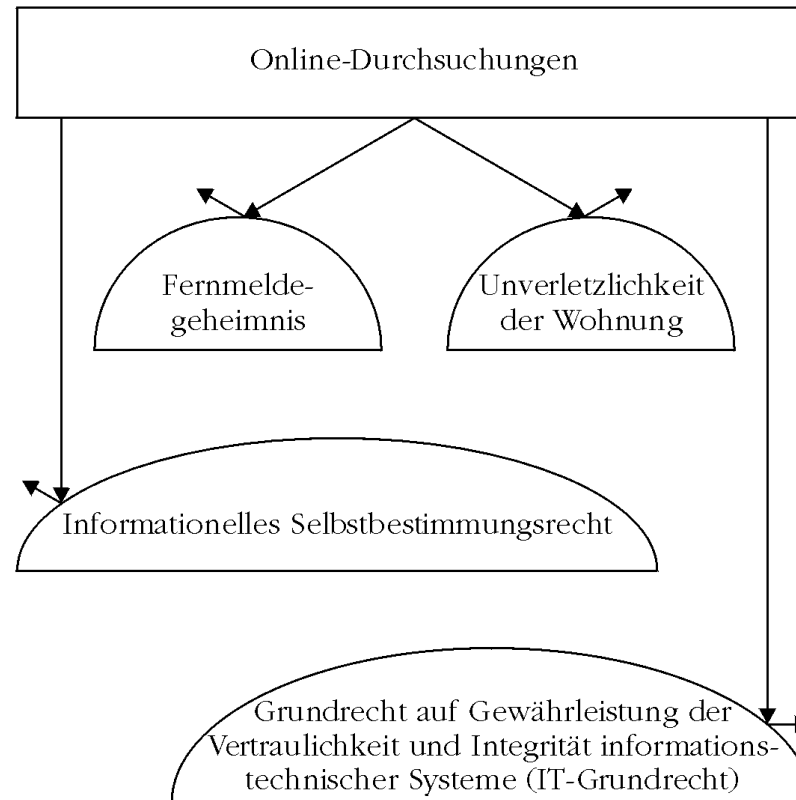
Wirkung Persönlichkeitsrecht



Zum „neuen“ IT-Grundrecht (1)

- Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit & Integrität informationstechnischer Systeme
- Grundrechte zum Fernmeldegeheimnis (Art. 10 I GG) und zur Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 I GG) und zum informationellen Selbstbestimmungsrecht (Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG) im Sinne der Einschreitschwellen vorrangig!
 - Gründe für neue Ausprägung:
 - ° allgegenwärtige IT
 - ° zentrale Bedeutung für Lebensführung vieler Bürger
 - ° hohe Leistungsfähigkeit vernetzter Systeme

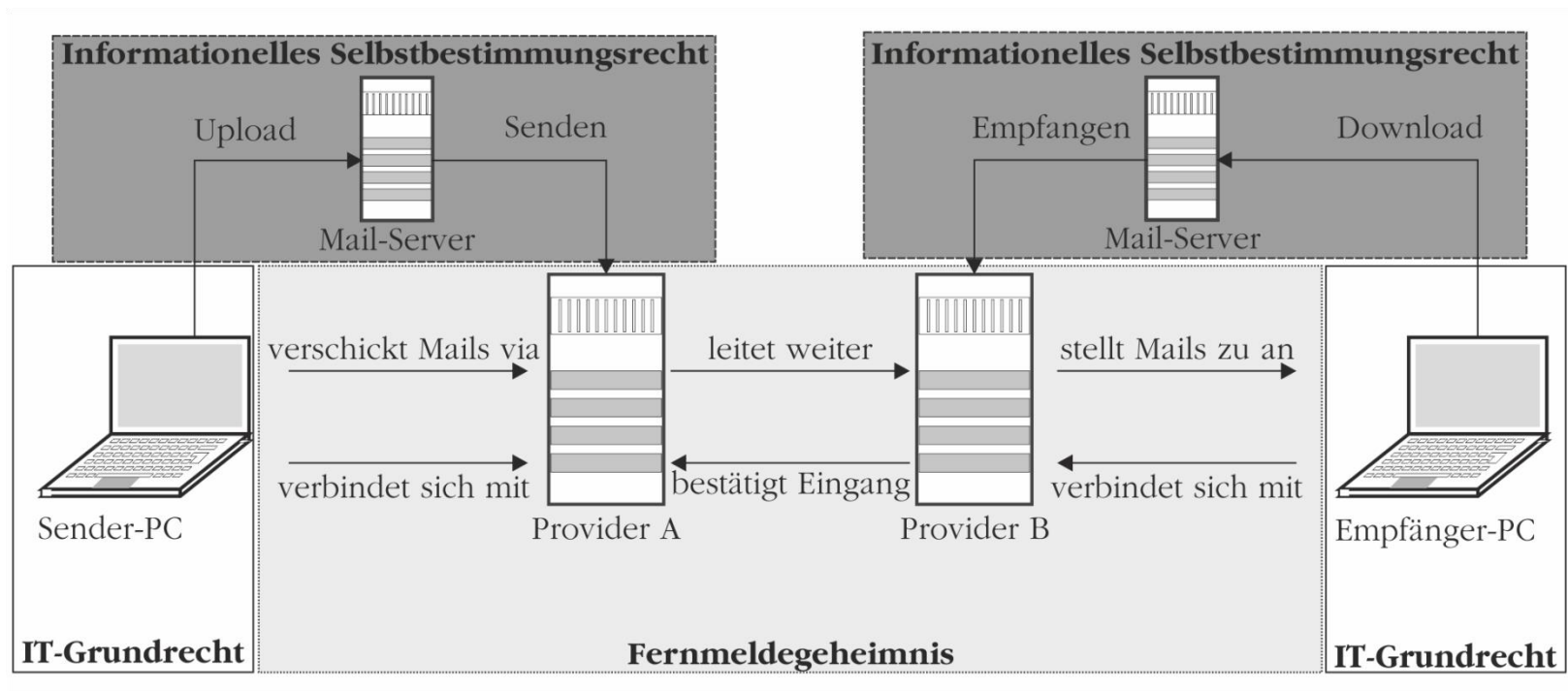
Zum „neuen“ IT-Grundrecht (2)



Zum „neuen“ IT-Grundrecht (3)

- Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit & Integrität informationstechnischer Systeme
- sog. „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ zur Ausspähung des gesamten Systems geeignet
 - Messung elektromagnetischer Abstrahlungen auch zur Überwachung von Offline-IT-Systemen geeignet
 - Zusatzinformationen bzw. Kontextdaten zur umfassenden Persönlichkeitsbewertung geeignet
 - „neues“ Grundrecht betrifft nur IT-Systeme, über die eine natürliche Person selbstbestimmt verfügt
→ gestattete Privatnutzung eröffnet Schutz

Zum „neuen“ IT-Grundrecht (4)



Vorratsdatenspeicherung (BVerfG)

- 6-monatige & anlasslose Vorratsdatenspeicherung nicht per se unzulässig, aber:
- Anspruchsvolle Regelungen zur Datensicherheit, Datenverwendung (i.S.d. Zweckbindung), Transparenz und zum Rechtsschutz (Richtervorbehalt & parlamentarisches Kontrollgremium einerseits und Begründungspflicht & gerichtliche Kontrolle andererseits) erforderlich
- Datensicherheit muss besonders hohen Sicherheitsstandard aufweisen und hat sich am Entwicklungsstand der Fachdiskussion zu orientieren
→ fortlaufende Anpassung der Sicherheitskonzepte
- Abruf von Vorratsdaten nur für überragend wichtige Aufgaben des Rechtsgüterschutzes zulässig
- Für IP-Adressen besteht jedoch ein geringerer Schutz

Vorratsdatenspeicherung (EuGH)

- Eingriffe in Grundrechte sind auf das **absolut Notwendige** zu beschränken und müssen verhältnismäßig sein
- **Je schwerer ein Eingriff** vorgenommen werden soll, **desto präziser** müssen **die Rechtsvorschriften** hierzu ausfallen
- Umkehrung der Unschuldsvermutung unter Einbeziehung fast der gesamten Bevölkerung ist unzulässig
- Aus der Gesamtheit der Verkehrsdaten können sehr genaue Schlüsse auf das Privatleben gezogen werden
- Geplante Zwecke zu umfassend, **strenge Zweckbindung** nötig
- **Wirksame Vorkehrungen** gegen unbefugte Nutzung nötig
- Schutzniveau der Daten darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen reduziert werden
- Vorratsdaten müssen auf Unionsgebiet gespeichert werden